



>>> ENERGIEVERSORGUNGSSICHERHEIT VOR DEM HINTERGRUND DES GASSTREITS ZWISCHEN RUSSLAND UND DER UKRAINE

Energieversorgungssicherheit ist keine Selbstverständlichkeit,
aber unverzichtbar für den Industriestandort Deutschland

Beschluss der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
vom 5. Mai 2009

Der Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine hat das Thema Energieversorgungssicherheit wieder stärker in den Fokus der öffentlichen Diskussion gerückt. Die Bilder frierer Menschen in Südosteuropa machen auch den Verbrauchern hierzulande klar, dass die jederzeitige Verfügbarkeit von Erdgas und Energie in Europa allgemein keine Selbstverständlichkeit ist. Ob die zwischenzeitlich erfolgte Einigung zwischen Russland und der Ukraine von Dauer ist, wird erst die Zukunft zeigen. Die schwierige wirtschaftliche und politische Situation der Ukraine lässt befürchten, dass insbesondere die Regelung zu den Transitgebühren weiterhin Konfliktpotential birgt.

Der Energieträger Erdgas hat in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich an Bedeutung gewonnen. Im vergangenen Jahr betrug sein Anteil am Primärenergieverbrauch in Deutschland 23 Prozent, wobei der Löwenanteil auf den Wärmemarkt entfiel. Hierzulande werden mittlerweile fast 50 Prozent der Wohnungen mit Erdgas beheizt.

Deutschland bezieht derzeit ca. 35 Prozent seines Erdgases aus Russland, 27 Prozent aus Norwegen, 18 Prozent aus den Niederlanden sowie 15 Prozent aus eigener Produktion. Die EU-27 importiert 42 Prozent ihres Erdgases aus Russland. Die Ausbeute der EU-eigenen Lagerstätten wird in den nächsten Jahren kontinuierlich zurückgehen. Gleichzeitig wird der Gasbedarf zunehmen. Schreibt man die derzeitige Entwicklung fort, so wird die europäische Importquote bei Gas bis 2030 voraussichtlich auf über 80 Prozent ansteigen.

Niemand kann für die zurückgehenden westeuropäischen Erdgasvorräte verantwortlich gemacht werden. Eine Reihe energiepolitischer Entscheidungen haben aber dazu beigetragen, die natürliche Importabhängigkeit noch zu verstärken. Die Ausgestaltung des EU-Emissionshandels macht die Stromerzeugung aus Kohle zunehmend unattraktiver. Die Notwendigkeit, wegen des hohen CO₂-Ausstoßes teure Emissionszertifikate kaufen zu müssen, verstärkt den Druck, das weniger kohlenstoffintensive Gas zur Stromerzeugung einzusetzen. Die CCS-Technologie steckt noch in den Kinderschuhen. Ob sie jemals in großem Stil eingesetzt werden kann, lässt sich heute noch nicht sagen. Unabhängig davon wird der Bau neuer effizienterer Kohlekraftwerke wegen der politischen Widerstände zunehmend schwieriger.

In Deutschland verschärft der geplante Ausstieg aus der Kernenergie die Situation zusätzlich. Bleibt es bei dem Beschluss, müssen nach und nach 17 Großkraftwerke stillgelegt werden, die zuverlässig Jahr für Jahr ca. 23 Prozent des deutschen Stroms (2008) grundlastfähig und CO₂-frei produzieren. Gemäß des 2007-Energiegipfelszenarios der Bundesregierung würde der Gasanteil an der Stromerzeugung bei Umsetzung des Ausstiegsbeschlusses von heute 12,6 Prozent auf 23 Prozent ansteigen.

Der verstärkte Ausbau erneuerbarer Energien ist ein wichtiger Schritt in Richtung zu mehr Unabhängigkeit in der Energieversorgung, kann aber das Problem alleine nicht lösen. Die winterliche Hochdrucklage Anfang Januar hat dies sehr deutlich gemacht. In den windschwachen Anfangswochen des neuen Jahres waren

Wind und Solar nur in einer Bandbreite von 0,5 bis 4,5 Gigawatt verfügbar, während gleichzeitig die Netzlast über den Tag gesehen eine Spannweite von 50 bis 75 Gigawatt verzeichnete. Eine jederzeit ausreichende Stromversorgung lässt sich bei Nutzung von Wind- und auch Solarenergie deshalb nur mit entsprechenden Back-up-Kapazitäten gewährleisten. Erdgaskraftwerke sind wegen ihrer Stand-by-Fähigkeit für diese Aufgabe besonders geeignet. Sollte Erdgas in großem Umfang für die Stromerzeugung in Deutschland und der EU eingesetzt werden, ist mit einem erheblichen zusätzlichen Erdgasbedarf zu rechnen. Eine Kompensation durch Einsparungen im Wärmebereich und Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz ist nur in geringem Maße möglich. Die Gefahr steigender Abhängigkeit und höherer Preise würde wachsen.

Es ist unklar, woher die zusätzlichen Erdgasmengen kommen sollen. Bis auf Norwegen wird Westeuropa als Erdgasproduzent in Zukunft weitgehend ausfallen. Unabhängig von der Frage der steigenden Importabhängigkeit ist zweifelhaft, ob Russland den zusätzlichen Gasbedarf überhaupt befriedigen könnte. Parallel zum Nachfrageanstieg in Europa wird auch die russische Binnennachfrage stark wachsen. Russland kauft schon jetzt verstärkt Gas aus der kaspischen Region, um seine Exportverpflichtungen erfüllen zu können. Gazprom muss zudem massiv in neue Felder investieren, um sein Produktionsniveau erhöhen oder auch nur erhalten zu können. Die zu erschließenden Vorkommen liegen vor allem im schwer zugänglichen arktischen Norden und der Barentsee. Für die Investitionen bräuchte Gazprom die Hilfe ausländischer Investoren. Außerdem müsste das Pipelinesystem ausgebaut werden, um die zusätzlichen Mengen zu transportieren. Es ist zu begrüßen, dass deutsche Unternehmen ihre Investitionschancen bereits nutzen und so zur Sicherung von Mengen und Transportwegen nach Deutschland beitragen. Russland setzt schon jetzt verstärkt auf Kernenergie und Kohle bei der Stromerzeugung, um möglichst viel Erdgas für harte Devisen nach Westeuropa exportieren zu können. Klimapolitisch ist es äußerst fragwürdig, wenn in Russland der Strom aus Kohle erzeugt wird, damit Westeuropa seine selbstgesetzten Emissionsverpflichtungen erfüllt. Abgesehen davon wird Europa nicht auf Dauer der einzige Kunde Russlands bleiben. Die asiatischen Länder wollen ebenfalls Erdgas aus Russland beziehen. Der Bau entsprechender Pipelines wird bereits geprüft. Darüber hinaus sind Flüssiggas-(LNG)-Terminals an der russischen Pazifikküste zur Belieferung des US-amerikanischen Marktes geplant.

Verringerung der Importabhängigkeit – Europa braucht mehr Energieträger, Transportrouten und Lieferländer

1. Deutschland und Europa brauchen einen breiten Energiemix, der nicht einseitig auf einen Energieträger setzt, sondern Kohle, Erdgas, Kernenergie und erneuerbare Energien gleichermaßen und ohne ideologische Scheuklappen berücksichtigt. Eine weitere, größere Verschiebung des Energiemixes zugunsten von Erdgas ist keine tragfähige Energieversorgungslösung für Deutschland. Das gilt insbesondere für die Strombereich.

Die deutsche, subventionsfreie Braunkohleindustrie hat 2008 erneut den größten Beitrag zur Stromerzeugung geleistet. Zusammen mit der Kernenergie garantieren beide Energieträger nahezu die Hälfte der deutschen Stromproduktion. Als Grundlaststromproduzenten bilden sie das preis- und versorgungssichere Fundament unserer Stromversorgung. Im Interesse einer dauerhaften Risikostreuung muss ein so importabhängiges Industrieland wie Deutschland auf mehrere Karten setzen. Die Laufzeitverlängerung der deutschen Kernkraftwerke ist deshalb unverzichtbar. Gleiches gilt für die Verstromung von Kohle. Es bedarf schnellst möglichst der Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen für die CCS-Technologie. Nur so lassen sich die notwendigen Investitionen mobilisieren. Nur ein breiter Energiemix, der in einem national und international wettbewerblich geprägten Umfeld alle Energieträger berücksichtigt, reduziert die Importabhängigkeit, sichert bezahlbare Energiepreise, garantiert ideologiefreien energietechnischen Fortschritt und gewährleistet die Einhaltung der Klimaschutzverpflichtungen.

2. Der Verbrauch muss durch verstärkte Energieeffizienzanstrengungen weiter verringert werden. Nicht verbrauchte Energie ist unsere wichtigste Energiequelle und senkt den Importbedarf. Das im Dezember beschlossene Klima- und Energiepaket zeigt die Richtung auf. Wegen der Bedeutung von Erdgas für den Wärmemarkt kommt der energetischen Sanierung des Gebäudebestands eine Schlüsselrolle zu. Der bestehende Sanierungsstau muss aufgelöst werden. Die Koalition hat bereits wichtige Maßnahmen wie das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm, das Marktanzreizprogramm und das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz auf den Weg gebracht. Weitere Schritte müssen folgen. Schnelle Ergebnisse könnte die Setzung von Anreizen für die Umrüstung auf hocheffiziente Brennkessel bewirken. 75 Prozent der Heizkessel sind älter als 20 Jahre. Außerdem ist darüber nachzudenken, wie die Anreize zur Sanierung besonders im Mietwohnungsbau so ausgestaltet werden können, dass sie sowohl für Vermieter als auch für Mieter wirtschaftliche Vorteile bieten. Contracting-Modelle könnten hier zur Lösung beitragen.
3. Transportwege und Lieferquellen müssen international weiter diversifiziert und ausgebaut werden. Bestehende politische und administrative Barrieren, die den Zufluss ausländischen Kapitals, den Neubau und die Modernisierung von Transportinfrastruktur sowie die Erschließung von Förderkapazitäten erschweren, sind abzubauen. Die EU sollte sich hierfür einsetzen und ihre hohe Nachfragemacht in die Waagschale werfen. Die geplante Ostsee-Pipeline Northstream erhöht die Pipelinekapazität und ist daher ein wichtiger Baustein für mehr Versorgungssicherheit, auch wenn sie - wie das Projekt Southstream - die Importabhängigkeit von Russland erhöht. Im Sinne der Diversifizierung und der Kapazitätsausweitung kommt der Nabucco-Pipeline besondere Bedeutung zu. Mit ihr ließe sich ein Zugang zu den zentralasiatischen Erdgasvorkommen ermöglichen. Dazu zählen auch, vorausgesetzt die politischen Verhältnisse lassen dies zu, die für Europa bislang noch weitgehend unerschlossenen Erdgasfelder des Iran und des Irak. Die Realisierung des Projekts erfordert

eine breite politische Unterstützung auf EU-Ebene, den Ausbau der Beziehungen zu zentralasiatischen Produzenten und die Förderung stabiler politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse im Südkaukasus.

Eine weitere Option zur Diversifizierung ist Flüssiggas (LNG). LNG bietet die Möglichkeit des direkten Erdgasbezugs ohne Transitprobleme aus Regionen wie Afrika und dem Nahen Osten, die durch Pipelines nicht wirtschaftlich angebunden werden können. Der LNG-Markt wird deshalb bisher weitgehend durch Langfristverträge mit Verbraucherstaaten bestimmt, deren Gasversorgung nicht über Pipelines erfolgen kann. 80 Prozent der globalen LNG-Transporte gehen an Japan, Südkorea und Taiwan. Hauptakteure sind vor allem Staatsunternehmen und Multis. Dies erschwert den Markteintritt. Aufgrund der gestiegenen Nachfrage nach LNG werden Neugeschäfte allerdings zunehmend über den Spotmarkt abgewickelt. Wer den höchsten Preis bietet, erhält den Zuschlag. Investitionen deutscher Unternehmen sollten deshalb die gesamte Lieferkette - einschließlich der Gasfelder - im Blick haben. Nur so lässt sich der Zugang zu LNG-Kapazitäten dauerhaft sichern.

Diese Anstrengungen sind politisch zu flankieren, damit Energie-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik im Interesse stabiler und verlässlicher Vertragsbeziehungen mit den Produzentenländern stärker miteinander verzahnt werden. Vorbild könnte die auch von der EU unterstützte Initiative für eine Mittelmeerunion sein. In Deutschland wird sich die Nutzung von LNG wegen der sicheren Pipeline-Versorgung vor allem auf die temporäre Abdeckung von Verbrauchsspitzen konzentrieren.

Deutschland verfügt derzeit über keine LNG-Infrastruktur. Ein möglicher Bau hängt davon ab, ob der Markt ausreichende LNG-Kapazitäten sieht. Auch wenn der LNG-Zugang zum deutschen Markt prinzipiell über Regasifizierungsterminals in benachbarten Staaten erfolgen kann, sollte die Bundesregierung die Bestrebungen für den Bau eines deutschen LNG-Terminals und den Erwerb der dafür erforderlichen LNG-Mengen weiter unterstützen.

4. Die Nutzung von Biomasse zur Energieerzeugung ist eine weitere Möglichkeit, die Abhängigkeit von Energieimporten wie Erdgas zu reduzieren und die Treibhausgasemissionen zu senken. Biogas könnte ein zunehmend wichtiges Element einer langfristig ausgerichteten Versorgungsstrategie werden. Ein wesentlicher Vorteil der Biogaseinspeisung besteht darin, dass nicht in eine neue Infrastruktur investiert werden muss, sondern die vorhandene Erdgasinfrastruktur genutzt werden kann. Ein Anteil von 10 Prozent des derzeitigen Erdgasverbrauchs in Deutschland bis zum Jahr 2030 erscheint realistisch.

Wasserstoff auf Basis erneuerbarer Energieerzeugungsanlagen (EE-Wasserstoff) bietet eine weitere Option zur Verringerung der Importabhängigkeit von Erdgas. Gleichzeitig wird die Netzintegration der diskontinuierlich einspeisenden Erneuerbaren Energieanlagen, wie z.B. Wind- und Solaranlagen optimiert. EE-Wasserstoff kann in die bestehende Pipelineinfrastruktur mit

einem Anteil von bis zu 5 Prozent problemlos integriert werden.

Bei Biogas und EE-Wasserstoff kann die gesamte Wertschöpfung in Deutschland und Europa erfolgen. Dafür sind die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Biogas und EE-Wasserstoff wirtschaftlich vermarktet werden können. Zusätzlich zu den bestehenden Förderinstrumenten wie dem EEG könnten beispielsweise durch Beimischungsquoten für Biogas und EE-Wasserstoff langfristige Signale und damit Anreize für Investitionen durch die deutschen Unternehmen geschaffen werden.

5. Vor dem Hintergrund, dass ein zunehmender Wettbewerb um Sicherheit existiert, muss Deutschland sich dafür einsetzen, dass alle Volkswirtschaften den gleichen Spielregeln unterliegen. Die Abschottung der Märkte und protektionistische Tendenzen gilt es zu verhindern. Sicherheitspolitik muss deshalb stärker verzahnt werden mit der Wirtschafts- und Handelspolitik. Grundvoraussetzung ist hierbei auch eine Diskussion über Standards für sichere Wirtschaftsprozesse, die im Rahmen der WTO initiiert werden könnte.
6. Die EU muss ihre energiepolitischen Interessen stärker gemeinschaftlich wahrnehmen. Unsere östlichen Nachbarn Polen und die baltischen Staaten sehen sich in einer noch größeren Lieferabhängigkeit und befürchten eine daraus resultierende politische Instrumentalisierung. Diese Sorgen müssen ernst genommen werden. Vor allem Deutschland kommt auf Grund der geographischen Lage eine besondere Verantwortung zu. Gemeinsam mit unseren östlichen Partnern ist nach Lösungen für eine größere Versorgungssicherheit dieser Länder zu suchen. In Betracht kommen eine stärkere Vernetzung bei Gas- und Stromleitungen unter Einschluss von Back-Flow Installationen.

Ferner bietet sich Deutschland für die östlichen Länder als Modernisierungspartner für die Bereiche Energieeffizienz und den Ausbau erneuerbarer Energien an.

Die gemeinsame Wahrnehmung der energiepolitischen Interessen wird um so wichtiger, als sich die Tendenzen auf Produzentenseite verstärken, ein der OPEC vergleichbares Gaskartell zu bilden. Der Hohe Repräsentant für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Javier Solana, und die EU-Kommission haben bereits ihre Empfehlungen zur Intensivierung der Energieaußenbeziehungen dargelegt. Demnach sollte der Dialog der EU mit wichtigen Lieferanten-, Transit und Verbraucherländern unter stärkerer Einbeziehung der Mitgliedsstaaten im Rahmen eines kooperativen Ansatzes verbessert werden. Dies könnte durch Gespräche über eine Energievereinbarung im Rahmen der Nachfolgeverhandlungen zum Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Russland geschehen. Wichtig ist, dass dabei die Grundsätze der Reziprozität des Marktzugangs berücksichtigt und umgesetzt werden. Ein solches Abkommen könnte die Lieferbeziehungen durch die Vereinbarung eines Streitbeilegungsverfahrens stabilisieren und gleichzeitig mehr Rechtssicherheit

für Investitionen bei der Erschließung und Verwertung russischer Gasvorkommen schaffen.

Der teilweisen Energieabhängigkeit der Verbraucherländer entspricht die Abhängigkeit Russlands von seinen Kunden. Die hohen Defizite in der eigenen Infrastruktur und den industriellen Entwicklungsrückstand kann Russland aus eigener Kraft und ohne eine verlässliche Modernisierungspartnerschaft mit dem Westen nicht bewältigen. Voraussetzung hierfür ist Vertrauen in langfristig verlässliche und partnerschaftliche Beziehungen. Russland muss klar sein, dass sich weder Konflikte mit Transitländern zu Lasten der europäischen Verbraucher wiederholen dürfen, noch der Anschein aufkommen darf, Energielieferungen würden als Instrument politischer Einflussnahme genutzt.

Andererseits muss der Ukraine deutlich werden, dass eine Mitverantwortung für Lieferstörungen und intransparente Strukturen der Energiewirtschaft den Voraussetzungen für weitere Integrationsschritte in Richtung europäischer Strukturen zuwider laufen. Die Ukraine trägt die Verantwortung dafür, dass die Transitgebühren in erster Linie für die Instandhaltung der Transitleitungen zu verwenden sind, die sich in einem schlechten Zustand befinden, und die Transparenz bei der Verwendung der Mittel verbessert wird. Diesem Ziel dient die Gemeinsame Erklärung von EU und Ukraine zur Modernisierung des ukrainischen Gastransportsystems vom 23. März 2009, durch deren Umsetzung nicht nur die technische Zuverlässigkeit und Effizienz der Gasversorgung erhöht, sondern auch die Transparenz verbessert und damit die Möglichkeiten politischer Einflussnahme und die Korruptionsanfälligkeit deutlich verringert werden soll.

Energiethemen spielen im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik und insbesondere der Östlichen Partnerschaft eine stärkere Rolle. Die Energiegemeinschaft Südosteuropa könnte auf weitere Länder der europäischen Nachbarschaft ausgeweitet werden. Durch den Export von Binnenmarktregeln in Nachbarregionen würden einheitliche Regelungsräume geschaffen. Dies könnte Investitionen in Wachstumsmärkte erleichtern. Mit den Adressaten der Östlichen Partnerschaft sind möglichst bald konkrete Projekte des Ausbaus der Energieinfrastruktur zu vereinbaren. Die fallbezogene Mitwirkung Russlands ist dabei wünschenswert.

Innerhalb der EU gilt es, den europäischen Binnenmarkt für Strom und Gas weiter auszubauen und gemeinsame Ziele bei Energiesicherheit, Klimaschutz, Energieeffizienz und Wettbewerbsfähigkeit solidarisch umzusetzen. Die jüngste Krise hat gezeigt, dass die nationalen Versorgungsnetze weiter ausgebaut und besser miteinander verknüpft werden müssen. Gleichzeitig bedarf es verstärkter Anstrengungen im Forschungsbereich, wobei der Weiterentwicklung von Speichertechnologien besondere Bedeutung zukommt.

Das dritte Energiebinnenmarktpaket muss die Investitionen in die Netzinfrastruktur weiter erleichtern. Die Investitionsbemühungen auf EU-Ebene dürfen die Länder allerdings nicht über einen Kamm scheren. Jedes Land muss zunächst seiner ei-

genen Verantwortung für den Ausbau von Leitungen und Speicherkapazitäten gerecht werden.

Die Schaffung günstiger Investitionsbedingungen genießt Vorrang vor regulatorischen Maßnahmen. Die Regulierung muss so ausgestaltet werden, dass Investitionen in Speicher- und Netzinfrastruktur wirtschaftlich attraktiv bleiben. Bei der Ausgestaltung des Regulierungsrahmens sind die Bedürfnisse der mittelständischen Energiewirtschaft zu berücksichtigen. Die Versorgungsunternehmen können die Notwendigkeit zusätzlicher Leitungskapazitäten am besten beurteilen. Eine Finanzierung mit öffentlichen Mitteln könnte allenfalls für Vorhaben in Betracht kommen, die für sich genommen unwirtschaftlich sind, deren Bedeutung für die Sicherheit und Zuverlässigkeit des europäischen Netzverbands insgesamt aber den Einsatz staatlicher Gelder rechtfertigt. Dies gilt auch für den dringend benötigten Ausbau der Grenzkuppelstellen. Das Beispiel Deutschland zeigt, wie man mit privatwirtschaftlichen Strukturen ein hervorragend funktionierendes Energietransport- und Speichernetz schaffen und ohne Zwangsvorgaben solidarisch einsetzen kann. In der jüngsten Krise sind große Mengen Erdgas aus deutschen Speichern in osteuropäische Nachbarländer geflossen. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen sollten die Entflechtungsregeln im dritten Binnenmarktpaket krisenfest gemacht werden, um mehr Solidarität und schnelleres Handeln in Notsituationen zu ermöglichen. Mit dem richtigen gesetzlichen Rahmen wird die Energiewirtschaft auch in Zukunft den entscheidenden Beitrag für mehr Energieversorgungssicherheit leisten können. Aus dieser Verantwortung sollten wir sie nicht entlassen, sondern sie vielmehr zur Entwicklung unternehmerischer Beistandsabkommen ermutigen.

 **CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG**

Herausgeber: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Dr. Norbert Röttgen MdB

Hartmut Koschyk MdB

11011 Berlin

Foto: www.photocase.de